

21.02.2013

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Haushalts- und Finanzausschusses**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 16/1400 -

2. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Eva Lux SPD

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 11 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.02.2013/Ausgegeben: 25.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsergebnis des Fachausschusses**

Der Entwurf des Einzelplans 11 wurde vom

- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
und
- Integrationsausschuss

Vorlage 16/617

beraten. Zusätzliche Erläuterungen zum Einzelplan 11 lagen zu den Beratungen mit der Vorlage 16/354 vor.

- a) Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht vor. Der Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.
- b) Der Integrationsausschuss hat in seiner Sitzung am 19. Februar 2013 das Kapitel 11 060 (Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der PIRATEN-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

### **B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/519.

### **C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/600 zu entnehmen. Der Unterausschuss „Personal“ hat den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 11 in seiner Sitzung am 29. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion zugestimmt. Änderungsanträge lagen zu den Schlussberatungen des Unterausschusses „Personal“ nicht vor.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013 - Drucksache 16/2100 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/2120 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. Februar 2013 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 11 befasst. Dort lagen acht Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor. Die Ergebnisse ergeben sich aus dem beigefügten **Anhang**.

#### **D Gesamtabstimmung**

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf des Einzelplans 11 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: 8 Änderungsanträge der CDU-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums (entfällt)  
Änderungen in den Haushaltsansätzen (entfällt)



**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
2	CDU	<p><b>Kapitel 11 010      Ministerium</b> <b>Titelgruppe 85      Beauftragter der Landesregierung für die</b> <b>                                 Belange von Menschen mit Behinderungen</b></p> <p><b>Titel 547 85        Sächliche Verwaltungsaufgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2012</b></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von 279.300</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">279.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 169.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 110.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Aufgaben eines Behindertenbeauftragten werden auf Bundesebene vollumfänglich wahrgenommen. Eine zusätzliche Vorhaltung eines Landesbehindertenbeauftragten ist auf Grund der notwendigen Haushaltskonsolidierung nicht gerechtfertigt. Die Reduzierung des Ansatzes auf die Kosten von 2010, als die Aufgaben ehrenamtlich wahrgenommen wurden, ist daher angemessen.</p>	<b>2013</b>		<b>2012</b>		von 279.300	Euro	279.300	Euro	um 169.300	Euro			auf 110.000	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein CDU            ja GRÜNE        nein FDP            Enth. PIRATEN        nein</p>
<b>2013</b>		<b>2012</b>																	
von 279.300	Euro	279.300	Euro																
um 169.300	Euro																		
auf 110.000	Euro																		

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
3	CDU	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b>  <b>Titel 686 10 Zuschuss an die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH, Bottrop (G.I.B.)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.149.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.149.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.049.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die notwendige Konsolidierung des Haushalts macht eine Reduzierung des Ansatzes auf den Ausgabenbereich von 2011 (Ist-Zahl 1.034.000 Euro) nötig.</p>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	von 1.149.000 Euro	1.149.000 Euro	um 100.000 Euro		auf 1.049.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>	<b>2012</b>																				
von 1.149.000 Euro	1.149.000 Euro																				
um 100.000 Euro																					
auf 1.049.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
4	CDU	<p><b>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</b> <b>Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund – Landesbezirk Nordrhein-Westfalen-e.V. Dortmund (TBS)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 25%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;"><b>2012</b></td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.506.100</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.506.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.306.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die notwendige Konsolidierung des Haushalts macht eine Reduzierung des Ansatzes auf den Ausgabenansatz von 2011 nötig.</p>	<b>2013</b>		<b>2012</b>		von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro	um 200.000	Euro			auf 1.306.100	Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>		<b>2012</b>																											
von 1.506.100	Euro	1.506.100	Euro																										
um 200.000	Euro																												
auf 1.306.100	Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	Enth.																												



		<p>Zuständig für diese Beratungen ist der Bund, der gerade erst in NRW eine Vermittlungsoffensive gestartet hat, bei der zunächst das Personal kräftig aufgestockt werden soll. Insgesamt 238 Vermittler sollen in zunächst 13 Jobcentern eingestellt werden, um sich zeitintensiver den Beratungen widmen zu können.</p> <p>Die Landesregierung will hier Doppelstrukturen finanzieren, was vor dem Hintergrund der Konsolidierungsnotwendigkeit nicht zu vertreten ist.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
6	CDU	<p><b>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (LIA)</b></p> <p>Neuorganisation der Aufgaben des Arbeitsschutzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.797.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">11.208.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>4.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>7.797.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Aufgaben des Arbeitsschutzes sollen in 2013 neu organisiert werden. Zuständig sind bislang sowohl der staatliche Arbeitsschutz wie auch die Berufsgenossenschaften. Viele Aufgabenfelder überschneiden sich. Synergieeffekte aus Doppelarbeit sollen besser genutzt werden. Insbesondere für die Unternehmen führt dies zu einem Bürokratieabbau.</p> <p>Damit beispielsweise die Berufsgenossenschaften stärker im Arbeits- und Gesundheitsschutzes tätig sein können, sind zunächst die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu schließen. Dabei sind haushaltrechtlich sowohl die Einnahmeansätze aus auch die Ausgabeansätze in Einzelplan 03 und 11 zu berücksichtigen.</p>	<b>2013</b>			<b>2012</b>	von	11.797.000 Euro		11.208.900 Euro	um	4.000.000 Euro			auf	7.797.000 Euro			<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>			<b>2012</b>																										
von	11.797.000 Euro		11.208.900 Euro																										
um	4.000.000 Euro																												
auf	7.797.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
7	CDU	<p><b>Kapitel 11 041 Sozialpolitische Maßnahmen sowie Hilfen für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p><b>Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen</b></p> <p><b>Titel 686 80 Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB</b></p> <p>Ausbringung eines neuen Titels</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2013</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.500.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.600.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Wir wollen einen Sonderfonds für Gebärdensprachdolmetscher einführen. Der Aktionsplan der Landesregierung – Eine Gesellschaft für alle – sieht vor, die Vergütungsregelungen für Kommunikationshelfer und -helferinnen zu überarbeiten, da die bestehenden Regelungen nicht angemessen sind. Zur schnellen Lösung des von allen Fraktionen erkannten Problems sollte zunächst in Form eines Sonderfonds einmalig Geld zur Verfügung gestellt werden, das den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern unbürokratisch möglich macht.</p>		<b>2013</b>		<b>2012</b>	von	1.500.000	Euro	1.500.000	um	100.000	Euro	Euro	auf	1.600.000	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	<b>2013</b>		<b>2012</b>																										
von	1.500.000	Euro	1.500.000																										
um	100.000	Euro	Euro																										
auf	1.600.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
8	CDU	<p><b>Kapitel 11 320</b>      <b>Gesetzliche Leistungen im sozialen Bereich</b>  <b>Titelgruppe 32</b>      <b>Beförderung schwerbehinderter Menschen im</b>                                   <b>öffentlichen Nahverkehr</b></p> <p><b>Titel 682 70</b>        <b>Erstattung der Fahrgeldausfälle nach den</b>                                   <b>Vorschriften über die unentgeltliche Beförder-</b>                                   <b>ung Schwerbehinderter im öffentlichen Nah-</b>                                   <b>verkehr</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von 106.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">105.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 98.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Der Ansatz zur Erstattung der Fahrgeldausfälle nach den Vorschriften über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr wurde um 1 Mio. Euro erhöht. Die Notwendigkeit der Fahrgelderstattung wird nicht in Frage gestellt. Das MAIS hat in seiner Auflistung der 10 größten Minderausgaben dargelegt, dass sich die Ist-Zahl für 2012 auf 93.324.030,08 € beläuft und das Ausgabevolumen damit deutlich unter dem geschätzten Gesamtfahrgastaufkommen für 2012 lag. Eine Anpassung an die Ist-Ausgaben 2012 mit einem Spielraum von über 4 Mio. Euro ist daher vertretbar.</p>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	von 106.000.000 Euro	105.000.000 Euro	um 8.000.000 Euro		auf 98.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
<b>2013</b>	<b>2012</b>																				
von 106.000.000 Euro	105.000.000 Euro																				
um 8.000.000 Euro																					
auf 98.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	Enth.																				
PIRATEN	nein																				